

Druck der Elternschaft auf die Regierung und das Kultusministerium steigt

Kinder sollen in den Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen gestellt werden.

Am vergangenen Mittwoch wurde die neue Landesregierung im Landtag vereidigt und die Minister:innen offiziell vorgestellt. Dieser Tag war deshalb auch der Anlass für verschiedene Vertreter:Innen von Eltern und Familien öffentlich mit verschiedenen Aktionen darauf aufmerksam zu machen, dass Kinder gerade jetzt von der neuen Regierung in den Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen gestellt werden sollen.

In einem offenen Brief der Initiative Familien, welcher am Tag der Einführung der neuen Regierung persönlich im Kultusministerium von dem Vorstandmitglied Zarah Abendschön-Sawall, welche auch schon in der Kinderkommission des Bundestages gesprochen hat, überreicht wurde, haben sich führende Kinderärzt:innen sowie Virolog:innen und Psycholog:innen, aber auch ca. 760 weitere Ärzt:innen, Notfallmediziner:innen, Klinikleitungen, medizinische Fachkräfte, sowie über 500 Lehrer:innen und pädagogische Fachkräfte und über 8200 weitere Unterzeichner:innen an den Ministerpräsidenten gewandt: „Die Gesamtsituation des alltäglichen Lebens für Kinder und Jugendliche in der Pandemie – insbesondere bezüglich Bildungschancen und sozialen Lebens – ist weiterhin besorgniserregend.“ Der Brief verweist auf die umfangreichen und durch Testangebote nochmal erweiterten Hygienemaßnahmen in Bildungseinrichtungen und wendet sich gegen Kita- und Schulschließungen: „Es ist dringend nötig, Schulen und Kitas geöffnet zu lassen. Denn die Solidarität, die wir Kindern bereits seit Monaten abverlangen, geht auf Kosten ihrer Bildungs- und Entwicklungschancen, ihrer psychischen Gesundheit und ihrer körperlichen Unversehrtheit.“ So die Unterzeichnenden, unter ihnen Dr. med. Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte, Virologe Prof. Dr. Klaus Stöhr, Erziehungswissenschaftler und Leopoldina-Mitglied Heinz-Elmar Tenorth und Bildungsökonom Dr. Lutz Bellmann.

Dass dies von vielen weiteren Elterngruppen genauso gesehen wird, zeigte weiterhin eine infektionsschutzgerechte Demonstration in der Nähe des Landtags. Auch dort gab es eine ähnliche Forderung, nämlich, dass Kinder in den Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen gestellt werden sollen. Diese Demonstration wurde dabei kurzfristig übergreifend aus dem Umfeld verschiedener seriöser Elterninitiativen mit dem Blickpunkt Bildung speziell in Zeiten der Corona-Pandemie organisiert. Unter dem Namen „Freie Eltern für Bildung“ haben dabei Privatpersonen mitgearbeitet, die sonst auch in Organisationen wie „Laut für Familien“, „Klage für Bildung“, „Familien in der Krise“ und sogar im Landeselternbeirat engagiert sind.

Jürgen Vejmelka, einer der Mitorganisatoren und Redner, betonte dabei in seiner Rede, dass es bezeichnend sei, dass am Tag der Regierungseinführung alle seriösen Organisationen aus dem Bereich der Elternschaft mit Blick auf die Bildung in Zeiten der Corona-Pandemie an einem Strang ziehen, auch wenn sie sonst nicht immer im Detail einer Meinung sind und durchaus auch miteinander im Streit waren und wären.

Dass man nun aber gemeinsam an einem Strang ziehen würde, zeige sich beispielsweise auch daran, dass der Vorsitzende des Landeselternbeirats Michael Mittelstaedt als Privatperson sowie Daniela Beck als Initiatorin einer Petition mit über 6000 Stimmen, welche dem Landeselternbeirat das Vertrauen entziehen will, hier gemeinsam konstruktiv bei der Organisation der Demonstration im Hintergrund zusammengearbeitet haben und auch bereits ein erster Austausch und Verständnis füreinander nach persönlichen Telefongesprächen und Videokonferenzen miteinander entstanden ist.

Aus dieser Zusammenarbeit heraus entstand dann auch das provokante Motto der Demonstration: „Herr Kretschmann, gehen Sie mit jungen Bäumen besser um als mit den Ihnen anvertrauten Kindern?!“.

Die Initiatoren zeigten dies auch symbolisch, in dem Sie vier kleine Obstbäume vor Ort dabei hatten, die Sie gerne schon nach der Demonstration dem Ministerpräsidenten Kretschmann, der neuen Kultusministerin Schopper, sowie den Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien von GRÜNEN und CDU übergeben hätten. Eine offizielle Übergabe lies sich jedoch nicht so kurzfristig organisieren und soll noch nachgeholt werden.

„Verantwortung für unsere Kinder zu übernehmen ist wie sich um Bäume zu kümmern – nur viel, viel wichtiger! Vor 8 Wochen war Landtagswahl, vor 6 Wochen der letzte runde Tisch zum Thema Schulen. Seitdem ist die Regierung von Baden-Württemberg scheinbar ausschließlich mit Selbstfindung, genauer gesagt, Koalitionsgesprächen beschäftigt. Das hilft den Familien dieses Landes nicht! In der Zwischenzeit verlieren Schüler:innen immer mehr Zeit mit Gleichaltrigen, die sie dringend zu ihrer Entwicklung benötigen. Ein Jahr Kindheit fühlt sich für ein Kind an wie zehn Jahre für einen Erwachsenen!“, so die Organisatoren weiter.

Eine weitere Rednerin mit Migrationshintergrund wies auch darauf hin, dass insbesondere endlich auch ein Blick auf die Ganztagsangebote gelegt werden müsse. Sie und ihr Mann seien als hochqualifizierte Fachkräfte nach Deutschland gekommen und würden beide in Vollzeit arbeiten. Leider mache sie sich nun Sorgen, welche Folgen es haben könne, wenn ihre Kinder nun keine guten deutschen Sprachkenntnisse erwerben würden, da dies aus Ihrer Sicht die absolute Grundlage für eine gelungene Integration sei. Während sie in Ihrer Familie dies eventuell nach abfangen könne, wäre dies nicht in jedem Haushalt, besonders nicht in sozial schwachen Haushalten, möglich. Es bestünde die Gefahr, dass dies deshalb zur Bildung von Ghettos führen könne.

Besonders erfreut waren die Veranstalter darüber, dass auch ein Vertreter der eingeladenen Parteien die Einladung zu einem Kennenlernen auf der Demonstration wahrgenommen hat. So beobachtete der frisch gewählte Abgeordnete MdL Dennis Birnstock von der FDP zuerst die Demonstration und nahm dann aber auch gerne das Angebot an, auch zu den Teilnehmern zu sprechen.

Er betonte, dass man die berechtigten Sorgen der Eltern und Familien wahrnehmen müsse und bedankte sich für die Einladung. Für seriöse Organisationen, welche den Infektionsschutz ernst nehmen und die Pandemie gleichzeitig kritisch aus Sicht der Eltern und Familien, aber eben konstruktiv begleiten, habe man auch als Oppositionspartei immer ein offenes Ohr. Gleichzeitig werde man auch die Regierung immer bei Ihrem Handeln überprüfen.

Zuletzt wurde die gemeinsame Schnittmenge aller teilnehmenden Organisatoren und eine Forderung an die Politik in Stuttgart verlesen: „Schule ist nicht nur Ort der Wissensvermittlung, sondern vor allem auch ein Raum für soziale Begegnung und Platz für die Entfaltung kindlicher Persönlichkeiten. Rücken Sie deshalb die Kinder in den Mittelpunkt aller staatlichen Bemühungen! Entlasten Sie Kinder von ihren Sorgen – auch, was Versäumtes angeht! Jeder Euro in unsere Kinder ist es wert, investiert zu werden! Denken Sie an jedes einzelne Kind und sein Schicksal! Nehmt die Last der Pandemie von den Schultern der Kinder und Jugendlichen!“

Danach endete die Demonstration ohne irgendwelche Probleme bezüglich Infektionsschutz.

Der Zusammenschluss der Eltern und die gemeinsamen abgesprochenen Aktionen am Tag der Amtseinführung zeigen jedoch deutlich, dass der Druck der Elternschaft auf die Regierung und das Kultusministerium zunehmend steigt und jetzt auch sinnvolle Lösungen erwartet werden.